

Antwort GRÜNE SH auf Wahlprüfstein des LSVD Schleswig-Holstein.

1.1 Weiterentwicklung und Verstetigung des Aktionsplans echte Vielfalt, sowie stärkere politische Unterstützung für das Bündnis gegen Homophobie?

Wir GRÜNE haben den Aktionsplan echte Vielfalt in der Koalition mit SPD und SSW initiiert. Uns für LSBTIQ* einzusetzen und Ihnen in unserem Land mehr Sichtbarkeit zu schaffen, ist uns eine Herzensangelegenheit. Viele Projekte sind über den Aktionsplan erfolgreich angelaufen. Wir finden den Ansatz dezentrale Projekte über den Aktionsplan zu finanzieren richtig und haben uns deshalb erfolgreich für eine Aufstockung im Landeshaushalt eingesetzt.

Wenn es nach uns GRÜNEN geht, soll der Aktionsplan weiter ausgedehnt werden. Wir bedauern es, dass die politischen Fraktionen bei den Treffen zum Aktionsplan und beim Bündnis gegen Homophobie nicht mit am Tisch sitzen. Falls das von den Initiativen unterstützt wird, wollen wir das ändern. Wir GRÜNE haben auch auf kommunaler Ebene, beispielsweise in Lübeck oder Flensburg dafür gekämpft, dass die Städte Teil des Bündnisses für sexuelle Vielfalt werden. Im Landtag haben wir uns durch Fachgespräche zur Queerpolitik mit Initiativen ausgetauscht und die dort erarbeiteten Forderungen zum Großteil in der Koalition umgesetzt. Wir wollen diesen Weg gemeinsam weiter gehen. Wir werden uns auch in der nächsten Wahlperiode für LSBTIQ* auf allen Ebenen einsetzen.

1.2 Koordinationsstelle für LSBTIQ* im Sozialministerium

Auch wenn in dieser Wahlperiode viel für LSBTIQ* angestoßen wurde, sind wir mit der Struktur auf der Seite des Landes noch nicht zufrieden. Eine klare Ansprechperson für queere Initiativen fehlt bisher. Wir können uns gut vorstellen gemeinsam mit den queeren Initiativen im Land, der Antidiskriminierungsstelle des Landes und dem zuständigen Ministerium eine Koordinationsstelle einzurichten.

2. Queere Geflüchtete

Schutzräume für queere Geflüchtete, Sensibilisierung im Umgang mit queeren Geflüchteten

Wir GRÜNE wollen die Bedürfnisse und Herausforderungen von queeren Geflüchteten im Land stärker thematisieren. Dazu haben wir auf einem Kongress zur Offenen Gesellschaft im Landtag mit Initiativen aus dem Bereich einen Workshop durchgeführt. Die Diskriminierung von Geflüchteten in den Maghrebstaaten ist einer der Gründe warum wir die Einstufung von Tunesien, Marokko und Algerien als sichere Herkunftsstaaten ablehnen. Wir hören auf Menschenrechts- und LSBTIQ* aus den entsprechenden Ländern.

Für die bereits in Schleswig-Holstein befindlichen queeren Geflüchteten wollen wir die bereits existierenden Kooperationsprojekte der Haki Ev. stärker unterstützen. Dies gilt für den Kontakt zu

den Behörden, wie auch für die Möglichkeit Flüchtlingsbetreuer*innen Schulungen anzubieten. Dies wird zum Teil über den Aktionsplan echte Vielfalt finanziert und muss weiter gestärkt werden.

Für queere Geflüchtete muss es auch bei uns im Land Schutzräume geben. Dass queere Geflüchtete, die aufgrund ihrer Sexualität in ihren Heimatländern verfolgt wurden, hier in Einrichtungen zum Teil selbst Opfer von homophober Gewalt werden, ist inakzeptabel. Land und Kommunen müssen prüfen, ob im kleinen Maß eigene Unterkünfte, wie Wohngemeinschaften angeboten werden können oder ob in Kooperation mit der Stadt Hamburg queere Geflüchtete besser geschützt werden können.

3. Bildung

Sexuelle Vielfalt im Unterrichtsmaterial, in Bildungseinrichtungen und in Aus- und Weiterbildung

Wir GRÜNE sind der Meinung, dass die gesellschaftliche Vielfalt auch jungen Menschen altersgerecht selbstverständlich vermittelt werden soll. Dazu gibt es bereits gutes Unterrichtsmaterial aus anderen Bundesländern, indem beispielsweise gleichgeschlechtliche Paare als Beispielpersonen erwähnt werden. Darüber hinaus unterstützen wir Initiativen wie das Schlaue Projekt der Haki Ev., in dem junge Menschen über ihre eigenen Erfahrungen mit beispielsweise Homosexualität oder Diskriminierung in Workshops mit Schüler*innen ins Gespräch kommen. Für das Schlaue Projekt haben wir Mittel zur Fortbildung und Koordinierung aufgestockt. Eine weitere Stärkung in der kommenden Wahlperiode wäre angemessen.

Bei der Aus- und Fortbildung von Erzieher*innen und Lehrkräften gehört sexuelle Identität thematisiert. Lehrkräfte müssen beispielsweise wissen, wie sie mit Homophobie im Klassenzimmer umgehen sollten. Fortbildungen sind ein dickes Brett, wir wollen gemeinsam mit den Lehramtsbildenden Hochschulen und dem IQSH dazu Modelle entwickeln.

4. Artikel Respekt und Vielfalt in Landesverfassung, Selbstbestimmung LSBTIQ* und Diskriminierungsschutz

Als Ergänzung zu allgemeinen Artikeln, die die Würde des Menschen und von Minderheiten schützen, können wir uns die Aufnahme eines solchen Artikels gut vorstellen. Wichtig wird es sein, breite Bündnisse für eine 2/3 Mehrheit im Parlament zu schmieden. Die Aufnahme des Schutzes der Sinti und Roma hat am Anfang der Wahlperiode nach 20 Jahren Vorarbeit geklappt. Hoffentlich müssen wir darauf nicht so lange warten.

5. Hassgewalt

5.1. Verbindliches Thema in Aus- und Fortbildung Polizei, Justiz (Staatsanwaltschaft und Richter*innen)

Wir begrüßen, wenn Hassgewalt generell und gegen sexuelle Minderheiten in der Aus- und Fortbildung von Polizei und Justiz stärker verankert wird. Zum Teil findet eine Sensibilisierung schon statt. Es macht aber Sinn dies auszuweiten.

5.2 Krisenwohnung

Wir unterstützen, dass bedarfsorientiert in den Kommunen Wohnungen für Opfer von häuslicher Gewalt für Homo- und Transsexuelle angeboten werden. Die Thematik homophober- und transphober häuslicher Gewalt und häuslicher Gewalt gegenüber Männern in heterosexuellen Beziehungen ist in der Öffentlichkeit unterbelichtet. Wir begrüßen Initiativen in dem Bereich und wollen diese auf Landesebene unterstützen.

5.3 PKS um sexuelle Motive ergänzen

Wir unterstützen, dass die polizeilichen Kriminalstatistiken um sexuell motivierte Hintergründe (Trans- oder Homophobie bspw.) ergänzt werden.

6. Regenbogenfamilien unterstützen durch Jugendämter, Verwaltung und Schulen

Wir GRÜNE unterstützen Regenbogenfamilien und wollen sie beispielsweise durch das volle Adoptionsrecht rechtlich gleichstellen. Dass Jugendämter, öffentliche Verwaltung und Schulen oftmals noch stärker sensibilisiert werden müssen, teilen wir. Das wird aber nur im Dialog gehen und mit Initiativen, die sich in dem Bereich inhaltlich bewegen. Wir GRÜNE schlagen einen runden Tisch zu dieser Frage vor.

7. LSVD, Haki, Lambda, auskömmliche Finanzierung, landesweit

In Schleswig-Holstein gibt es viele queere Initiativen, die sehr gute Arbeit machen. Ohne das ehrenamtliche Engagement von vielen gäbe es in Schleswig-Holstein wenig gute Beratungsangebote. Das kann auf Dauer nicht gut gehen. Wir haben deshalb bereits in der letzten Wahlperiode den Haushalt von einigen Institutionen leicht aufgestockt und viele Initiativen finanziert. Unser Ziel ist es in der kommenden Wahlperiode ein Konzept zur landesweiten queeren Emanzipations- und Antidiskriminierungsarbeit mit allen Initiativen zu entwickeln und die Verbände daraufhin finanziell zu stärken.

8. Vielfalt im NDR Rundfunkrat

Die Idee ist gut. Wir GRÜNE haben in der ablaufenden Wahlperiode durch eine parlamentarische Initiative gemeinsam mit dem Land Thüringen erreicht, dass der LSVD einen Sitz im ZDF Fernsehrat erhalten hat. Auch der NDR sollte von der Mitarbeit des LSVD profitieren dürfen.

9. Bundespolitik

9.1 Öffnung der Ehe

Wir GRÜNE haben in unserer Regierung die eingetragenen Lebenspartnerschaften gegen erhebliche gesellschaftliche Vorbehalte durchgesetzt. Damals war das ein Meilenstein. Inzwischen hat die Gesellschaft die Politik überholt. Wir GRÜNE haben mehrfach in den letzten Jahren die Öffnung der Ehe im Bundestag beantragt. CDU und SPD blockieren einen Gesetzentwurf der GRÜNEN. Wir kämpfen für die Öffnung der Ehe und werden nicht müde; sie zu thematisieren. Wir lassen nicht nach. Versprochen.

9.2 Regenbogenfamilien (Adoption, Sorgerecht; Steuer und Sozialrecht)

Viele wissenschaftliche Untersuchungen in anderen Ländern haben gezeigt, dass es Kindern in Regenbogenfamilien nicht schlechter geht, als in klassischen heterosexuellen Beziehungen. Entscheidend ist die Fürsorge, nicht die sexuelle Orientierung der Eltern. Wir wollen Regenbogenfamilien auf allen Ebenen gleichstellen und haben dazu sowohl in den Bundestag wie Bundesrat mehrere Initiativen eingebracht. Wir kämpfen auch hier weiter.

9.3 GG Ergänzen um sexuelle Identität

Ja. In Artikel 3, dem Gleichheitsartikel des Grundgesetzes, muss ergänzt werden, dass niemand aufgrund der sexuellen Identität diskriminiert werden darf. Ohne wenn und aber.

9.4 Reform TSG

Wir wollen das Transsexuellengesetz umfangreich reformieren. Unsere grüne Bundestagsfraktion hat dazu Initiativen eingebracht. Im Land hat der Landtag auf unsere Initiative eine Resolution zur stärkeren Unterstützung für Transmenschen und zur Reform des TSG beschlossen.

Wir setzen uns u.a. dafür ein, das Verfahren für die Änderung des Vornamens und des Personenstandes vereinfacht werden. Intersexuelle Menschen dürfen zu keinen medizinisch unnötigen Operationen zur Geschlechtsanpassung gezwungen werden. Geschlechtliche Uneindeutigkeit muss rechtlich zugelassen und anerkannt werden.

Wir brauchen in der Öffentlichkeit noch eine viel größere Aufmerksamkeit für die Belange von Trans- und Intersexuellen Menschen.